

Die russische Opposition in Bedrängnis

Heterogenität und Regimedruck

Thomas Ulbrich / Susan Stewart

Als Wladimir Putin im März 2012 zum Präsidenten Russlands (wieder)gewählt wurde, war ein Dialog zwischen Opposition und Regierung noch denkbar. Ein Jahr später sehen sich die regimekritischen Kräfte im Land, die politisch aktiven NGOs und die Protestbewegung einer Flut von repressiven Gesetzen und einem erhöhten juristischen Druck ausgesetzt. Kurzfristig sind die Maßnahmen erfolgreich: Auf den Straßen ist weitestgehend Ruhe eingekehrt, oppositionelle Kandidaten hatten bei Lokal- und Regionalwahlen zuletzt kaum Erfolg und die Arbeit systemkritischer NGOs wird zunehmend schwieriger. Doch der Unmut in der Bevölkerung ist nach wie vor groß und der Opposition ist es gelungen, mit dem Koordinationsrat ein gemeinsames Gremium zu schaffen. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, inwieweit die Regierungsgegner ihre internen Divergenzen überwinden und es schaffen, sehr unterschiedliche politische und soziale Gruppen zu integrieren.

Die außerparlamentarische Opposition, die man von der eng ans Regime gebundenen Opposition in den Parlamenten unterscheiden muss, umfasst sehr heterogene Gruppierungen. Sie besteht aus politischen Aktivist*innen, einem Teil der Kandidat*innen, die bei regionalen und kommunalen Wahlen antreten, und NGO-Vertreter*innen. Sie vereinigt ultranationalistische, liberale und kommunistische Kräfte. Sobald es jenseits der Ablehnung des Status quo um konkrete politische, wirtschaftliche oder soziale Inhalte geht, werden in diesem Oppositionsgewebe tiefe Risse sichtbar. Neben dem recht kleinen Kern der aktiven und exponierten Regimegegner gibt es eine wachsende russische Mittelschicht, die sich zunehmend

politisiert und mehr Partizipation fordert. Zudem belegen Umfragen, dass sich der Unmut in der Bevölkerung insgesamt verstärkt.

Quellen der Unzufriedenheit

Die Motive für die demoskopisch feststellbare Unzufriedenheit innerhalb der russischen Gesellschaft unterscheiden sich erheblich, je nachdem, ob Angehörige der politischen Opposition, der städtischen Mittelschicht oder der sonstigen breiten Bevölkerung befragt werden. Der Unmut der Bevölkerungsmehrheit, vor allem in den Regionen, hat vornehmlich soziale Gründe. Er richtet sich jedoch vielfach auf konkrete Probleme, auf soziale Missstände

und gegen die Eliten vor Ort. Das ist auch einer der Gründe, warum Unzufriedenheit mit dem Status quo und die Unterstützung Putins sich nicht per se ausschließen – solange nämlich diesem die Lösung der Probleme zugetraut wird.

Die Missstimmung innerhalb der städtischen Mittelschichten sowohl in Moskau als auch in den Regionen speist sich aus anderen Quellen. Die Angehörigen dieses Milieus fordern mehr politische Mitsprache, faire Wahlen und die Respektierung der in der Verfassung garantierten Rechte. Ihre Ablehnung des Systems entlud sich im vergangenen Jahr bei einer Reihe von Straßenkundgebungen. Zwar hat die Intensität der Proteste im Jahresverlauf abgenommen, gegen konkrete Maßnahmen der Regierung lässt sich der Widerstand jedoch auch weiterhin mobilisieren. Das haben die Demonstrationen in mehreren russischen Städten Anfang Januar 2013 gezeigt. Beim »Marsch gegen die Schurken«, der größten Protestaktion seit Monaten, versammelten sich über 10 000 Teilnehmer im Moskauer Stadtzentrum zu einer Demonstration gegen das sogenannte Dima-Jakovlev-Gesetz, das neben anderen Bestimmungen US-Bürgern verbietet, russische Waisenkinder zu adoptieren.

Den genuin politischen Kern der Protestbewegung bildet der Koordinationsrat der Opposition, ein von rund 80 000 Personen per Internetabstimmung gewähltes 45-köpfiges Gremium. Die meisten Stimmen erhielt der bekannte Internetblogger Alexej Nawalny. Im Koordinationsrat treffen konträre Weltanschauungen aufeinander. Insgesamt sind die dort vertretenen Ansichten radikaler als die des Durchschnitts der Teilnehmer an den Protestmärschen. Ein Teil der Mitglieder lehnt jeglichen Kompromiss mit dem Regime ab. Der Rat ist in mehrere Fraktionen zersplittert, seine Aufgaben und Kompetenzen bleiben unklar und ein gemeinsames Programm besteht bisher nur in Ansätzen. Das zeigte sich auch beim »Marsch gegen die Schurken«, der außerhalb des Rats organisiert wurde und zu dem dieser keine einheitliche Haltung fand. Am Ende nahmen nur einige Mitglieder teil.

Dennoch sind die Protestbewegung und der Koordinationsrat nicht ganz chancenlos: Ihre künftige Bedeutung wird aber von ihrer Fähigkeit abhängen, ein Programm zu entwickeln, das geeignet ist, den politischen Protest in den großen Städten in einen gesamtrossischen Protest zu überführen. Ein solches Programm muss sich den sozialen Nöten und Problemlagen der Bevölkerungsmehrheit öffnen, ohne dabei die Unterstützung der gemäßigten Mittelschicht zu verlieren.

Bescheidene Erfolge bei Wahlen

Neben den Protestaktionen auf der Straße versuchen oppositionelle Kräfte auch durch die Teilnahme an Wahlen auf regionaler und lokaler Ebene, Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Im gegenwärtigen politischen Kontext haben Wahlen einen doppelten Charakter: Sie verschaffen dem politischen System Legitimität, stellen jedoch zunehmend eine Herausforderung für die herrschende Ordnung dar. Der Urnengang im September 2012, als eine Reihe von Gouverneurs-, Regional- und Lokalwahlen stattfand, verlief für die Opposition jedoch enttäuschend. Bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung siegten vornehmlich die regierungsnahen Kandidaten. Insbesondere die fünf Gouverneursposten, die erstmals seit acht Jahren wieder per Direktwahl bestellt wurden, gingen alle an Kandidaten des Kreml. Lediglich auf lokaler Ebene gelang es oppositionellen Bewerbern vereinzelt, in Stadträte einzuziehen, so in Barnaul, Jaroslavl und in drei weiteren Städten.

Das schlechte Abschneiden der Regimegegner kann als Ausweis ihrer Schwäche und Fragmentierung gedeutet werden. Nur in Ausnahmefällen gelang es dem Oppositionslager, gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Eine Rolle haben dabei auch die ambivalenten Wirkungen der Wahlrechts- und Parteienrechtsreform gespielt. Das Gesetz zur Wiedereinführung der Gouverneurswahlen enthielt in Form sogenannter »kommunaler Filter« entscheidende Beschränkungen. Die Bewerber mussten nach-

weisen, dass ihre Kandidatur von einem Teil der regionalen und lokalen Legislativen (zwischen 5% und 10%) unterstützt wurde, was die Chancen oppositioneller Aspiranten von vornherein verringerte. Zurzeit durchläuft zudem eine Gesetzesvorlage die Duma, die einer (Wieder-)Abschaffung der Gouverneurswahlen gleichkäme. Auch die zweite Reform, ein neues Parteiengesetz, hatte für die Regierungsgegner einen eher nachteiligen Effekt: Aufgrund der sehr niedrig angesetzten Schwelle für Parteineugründungen entstanden in wenigen Monaten über einhundert Parteien, was das Problem der Fragmentierung der Opposition kurzfristig verschärft.

Opposition unter Druck

Die repressiven Maßnahmen zeigen, dass die Oppositionsbewegung von den Kreml-Strategen durchaus ernst genommen wird. Auch jenseits der Verurteilung von drei Mitgliedern der Punkband »Pussy-Riot« haben die russischen Behörden eine Reihe von politischen Aktivisten inhaftiert und Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen führende Köpfe unter den Systemkritikern eingeleitet. Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung. Anfang Februar stellte ein Moskauer Stadtgericht den linken Politiker Sergej Udaltsow, Mitglied des Koordinationsrats, für zwei Monate unter Hausarrest. Ihm wird die systematische Organisation von Massenunruhen vorgeworfen. Auch gegen Alexej Nawalny sind mehrere Prozesse anhängig. Während diese Maßnahmen eindeutig auf die Exponenten der Protestbewegung zielen, stehen im sogenannten »Bolotnaja-Verfahren« 18 Regimegegner vor Gericht, die bislang nicht in Erscheinung getreten sind. Ihnen drohen mehrjährige Haftstrafen wegen der »Teilnahme an Massenunruhen« – gemeint sind die Proteste im Zusammenhang mit der Amtseinführung Vladimir Putins im Mai 2012.

Daneben hat das Regime Oppositionelle und Vereinigungen der Zivilgesellschaft mit einer legislativen Großoffensive unter Druck gesetzt. Ein im Juni 2012 verabschie-

detes Gesetz verschärft das russische Versammlungsrecht. Es erschwert die Organisation und Durchführung von Demonstrationen erheblich und sieht hohe finanzielle Strafen bei Verstößen vor. Von der westlichen Öffentlichkeit stark beachtet, stimmte die Duma im Juli 2012 zudem einem Gesetz zu, das »politisch tätige« russische NGOs zwingt, sich als »ausländische Agenten« registrieren zu lassen, wenn sie Finanzmittel für ihre Projekte aus dem Ausland erhalten. Zudem wurde der Tatbestand des »Landesverrats« ausgeweitet. Dem vage formulierten Gesetzestext zufolge sollen nun nicht mehr nur die Weitergabe geheimer Informationen an andere Regierungen, sondern auch die die Beratung und finanzielle Unterstützung ausländischer Organisationen diesen Tatbestand erfüllen, wenn sich solche Aktivitäten »gegen die Sicherheit Russlands« richten. Auch das schon erwähnte Dima-Jakovlev-Gesetz enthält eine Passage, nach der russischen NGOs die Schließung droht, wenn sie Geld aus den USA bekommen. Vor allem aber musste die Entwicklungsagentur USAID, eine wichtige Unterstützerin russischer Menschenrechtsorganisationen, mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 ihre Arbeit in Russland einstellen.

In ihrer Gesamtheit ist die Stoßrichtung der Maßnahmen eindeutig: Die Einleitung juristischer Schritte und die Änderung des legislativen Rahmens sollen dazu dienen, die Kontrolle über die Straße sicherzustellen und zu verhindern, dass sich die heterogenen Protestströmungen konsolidieren und die Unmutsbekundungen verstetigen. Das repressive Vorgehen richtet sich gegen einen kleinen Kreis politisch Engagierter, gegen eine Reihe von politischen NGOs, die die Mängel des Regimes immer wieder offenlegen, und gegen das mittelständische Protestreservoir.

Auswirkungen der neuen Gesetze

Die Maßnahmen der politischen Führung haben direkte und indirekte Auswirkungen auf die Opposition und die Zivilgesellschaft.

Auch wenn ein Großteil der neuen Gesetze bisher kaum angewendet wurde, zeigt insbesondere die finanzielle Austrocknung der russischen NGOs schon Wirkung. Vor allem der Wegfall der Mittel von USAID stellt viele NGOs vor erhebliche Probleme. Denn aufgrund der wachsenden Rechtsunsicherheit zögern nun auch andere ausländische Geldgeber, sich weiter finanziell zu engagieren. Mehrere NGOs haben zuletzt auf ihre schwierige materielle Situation hingewiesen. Sie seien gezwungen auf Projekte zu verzichten, in einigen Fällen drohe gar die Schließung. In diesem Sinne äußerte sich Ende Januar Valentina Melnikowa, Direktorin des russischen Zentrums für Menschenrechte, einer Dachorganisation von elf russischen Menschenrechtsorganisationen. Nach Angaben der Wirtschaftszeitung *Kommersant* geht das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung von Mindereinnahmen der NGOs von knapp 500 Millionen Euro im Jahr 2013 aus.

Obwohl der Kreml die neuen Gesetze offiziell als notwendige Abwehrmaßnahme gegen den unzulässigen Einfluss des »Westens« in die russische Innenpolitik verteidigt, wächst auch regierungsintern die Kritik an dem »NGO-Agentengesetz«. Das hängt nicht zuletzt mit seinen handwerklichen Fehlern und prozeduralen Unklarheiten zusammen: Das Gesetz widerspricht in einem zentralen Punkt dem NGO-Gesetz von 2006, das den NGOs eine politische Betätigung unter Androhung der Auflösung verboten hat. Aus diesem Grund dürfte es »politisch aktive« NGOs, auf die das neue Gesetz rekurriert, gar nicht geben. Vor diesem Hintergrund wurde das neue Gesetz bisher zwar nicht angewendet, aber das bedeutet keineswegs, dass der Umgang mit der Opposition und der Zivilgesellschaft gelockert worden wäre. Erstens kann das Regime das NGO-Agentengesetz durchaus als Propagandaerfolg verbuchen. In den Teilen der Bevölkerung, die es zu seinen Gunsten zu mobilisieren sucht, bleibt das Etikett »ausländischer Agent« vermutlich generell an den Vertretern der Zivilgesellschaft haften. Zweitens hat das Gesetz in

Verbindung mit vielen anderen Maßnahmen mit Bedacht ein Klima der Unsicherheit und Unterdrückung geschaffen.

Begrenzte Möglichkeiten

Auch wenn es in Russland eine wachsende Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Landes gibt, haben die gezielten Aktionen des Regimes die Opposition und die organisierte Zivilgesellschaft geschwächt. Zwar sind die meisten russischen NGOs mit politischer Agenda weiterhin fest entschlossen, für ihre Sache einzutreten. Aufgrund der harten finanziellen Einschnitte sind sie dazu jedoch immer weniger in der Lage. Die außerparlamentarische Opposition wird aller Voraussicht nach auch künftig Proteste organisieren und sich an Wahlen beteiligen. Doch die kalkulierte juristische Verfolgung führender Repräsentanten der Regimegegner durch die russischen Behörden und die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen erschweren diese Aktivitäten. Für die Zukunft des Koordinationsrats und anderer oppositioneller Zusammenschlüsse wird es zudem entscheidend sein, ob es ihnen gelingt, durch die Einbeziehung sozialer Themen eine größere Breitenwirkung zu erzielen.

Unter diesen Bedingungen ist es für externe Akteure noch schwieriger geworden, ihre bisherige Kooperation mit russischen oppositionellen Organisationen fortzusetzen. Da die momentane repressive Linie des russischen Regimes auf einem ausgeprägten Antiamerikanismus basiert, könnten sich für Deutschland und die EU dennoch hier und da Möglichkeiten eröffnen, die früher von US-Institutionen gewährte Unterstützung zu ersetzen, wo dies europäischen Zielen entspricht. Außerdem könnte eine klar artikulierte deutsche bzw. EU-Position gegenüber der zunehmenden Unterdrückung für die russische Opposition ein ermutigendes Signal sein. Dieses Signal darf allerdings nicht auf Worte beschränkt bleiben, wenn sich das repressive Vorgehen der russischen Führung weiter verstärkt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364